

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tagesblatt Riesa.
Genussl. Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Kammergerichts beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Rethen.

Postkontos: Dresden 1100
Vicostraße Riesa Nr. 62.

N. 41.

Freitag, 18. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bote. Für den Fall des Einstehens von Produktionsverrichtungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitweiliger und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorläufig durch Abrechnung der Zeitungsstellen gedeckt ist. Abrechnung und Erfüllungsort: Riesa. Koständige Unterhaltungsbeilage: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unabweislicher Einwirkungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Retentionsrecht und Verlag: Damm & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Polens Ablehnung.

Die Antwort der polnischen Regierung auf die Anregung Berlins, sofort in Verhandlungen über die Gestaltung des „Niederlassungsrechtes“ einzutreten, und zwar noch vor der Wiederaufnahme der eigentlichen Handelsverhandlungen, ist, wie nicht anders zu erwarten war, schroff ablehnend ausgefallen. Die polnische Regierung sieht sich gezwungen, festzustellen, daß sie grundsätzlich gegen diese Art von Verhandlungen ist. Die Beobachtung der polnischen Republik regiert die Rechte aller Ausländer in weit liberalerer Weise als es in Deutschland geschieht. Die polnische Regierung ist geneigt, in Fragen der Einreise, des Aufenthaltes und der Ansiedlung mit der deutschen Regierung zu verhandeln, jedoch nur im Rahmen des Handelsvertrages. Diese amtliche polnische Neußerung stellt einen nicht ungeschickten Schachzug dar, der deutlicher als alles andere das Verfehlen der letzten deutschen Note dokumentiert. Die Reichsregierung hat aus der nun zwei Jahre währenden Verhandlungslähmung der Polen in Bezug auf die Handelsvertragsverhandlungen und aus den rigorosen Verhandlungsverfahren, die die polnischen Behörden gegenüber den deutschen Staatsangehörigen angewandt haben, nicht die einzige logische Konsequenz gezogen, und die Verhandlungen mit einem Parier abgebrochen, der sich jeder Verständigung und jeden guten Willens so bar zeigt. Offenbar erhoffte die Reichsregierung, durch einen normalisierten diplomatischen Schritt in Warschau die Selbstzufriedenheit davon zu überzeugen, daß es ihr in Wirklichkeit ernst mit einer wirtschaftlichen Annäherung an Polen zu tun ist. Wenn man an der Tendenz, die der letzte deutsche Schritt trug, nichts abzulesen hat, so verhindert dies doch nicht die Erkenntnis, daß die Wirkung, die dieser Schritt erzielte, dieser Tendenz recht wenig gedient hat. Die amtliche polnische Neußerung will die Schuld und die Verantwortung für den nun fast fünfjährigen Stillstand der wirtschaftlichen Verhandlungen lediglich auf das Konto der Reichsregierung schieben. Da wir die Einstellung der „Weltöffentlichkeit“ Deutschland gegenüber, soweit sie eigentlich festgelegt ist, zur Kenntnis nehmen, so darf man nicht allzu erhaben sein, wenn sie nunmehr der polnischen Aktion einen größeren Glauben schenkt, als der deutschen. Insbesondere dann, wenn man sich gegenwärtig nicht festhalten will, daß selbst maßgebende Zeitungen, die ihre Politik im Rahmen der neuen Regierungskoalition zu betreiben vorgeben, der oben skizzierten Haltung der Weltöffentlichkeit nachdrücklich die Stimme angedeihen lassen. Man lese die „Germania“: „Erwarten wir nicht die baldige Räumung der Rheinlande? Nein, würde fürwahr jener sein, der glauben wollte, daß unter Verhören gegenüber Polen ohne Einfluß wäre auf die Generalität der Franzosen, über die Räumung zu verhandeln.“ Eine zweideutige Unterstützung der französisch-polnischen These über den Zusammenhang der Ost- und Westfragen, ein tieferer Blick in die Pläne der Herren Poincaré und Visconti können die Herren in Paris und Warschau nach Bekunde des angegebenen Selbstaufgebots wohl nicht mehr erwarten.

Das Presseecho der Röhler-Rede im Reich.

• Berlin, 17. Februar. Die „Wirtschaftliche Weltzeitung“ führt in der gestrigen Ausgabe des Reichsfinanzministers Dr. Röhler eine sachliche Kritik an der Reichshöflichen Finanzpolitik, für deren Durchführung die bei Reichshöflichen Finanzminister geäußerten Vorurteile heute stehen. Zu begründen sei vor allem die von Dr. Röhler angeführte Nationalisierung der Finanzverwaltung. Die Röhler'schen Nachrichten finden an Dr. Röhler's Staatsrede seine Ausführungen über den Finanzhaushalt besonders bemerkenswert. Dr. Röhler machte den Eindruck, als ob er erkannt habe, wie tiefmütig die deutschen Länder seit 1918 in der Finanzpolitik vom Reich bedrückt werden.

Die Frankfurter Zeitung sieht in Dr. Röhler nach seiner gestrigen Rede den Minister des neuen Kabinetts März, der auf den Reichstag den besten Eindruck gemacht hat. Die Opposition selbst müsse ebendies republikanischen Minister Amt und Vertrauen entgegenbringen.

Die Frankfurter Nachrichten bemerken, daß es für die Stellung des neuen Reichsfinanzministers bezeichnend sei, wenn er möglichst bald eine Einigung mit den sächsischen Staaten über die seit langem kritischen Finanzfragen herbeiführen will. Von Bedeutung sei auch Dr. Röhler's Haltung zur Besoldungsreform. Jedoch werde er sich bei der Erhöhung der Beamtengehälter sehr im Rahmen der vorhandenen Mittel halten.

Die Hamburger Nachrichten begrüßen es, daß Dr. Röhler auf die wünschenswerte Befestigung des Finanzplanes ohne jede Schabfärberei hingewiesen hat. Dieses hantierende Unverständnis der Unersüßbarkeit des Dawesabkommens müßte in der ganzen Welt richtig verstanden werden. Dr. Röhler's lebenswichtige Worte für Erbschaftssteuerreform seien wohl nur auf seine Parteigebildigkeit zum Zentrum zurückzuführen. Das Hamburger Fremdenblatt bezeichnet Dr. Röhler's Staatsrede mit gedämpftem Optimismus. Der Hamburger Korrespondent ist der Meinung, daß Dr. Röhler's Staatsrede einträglicher als die Regierungserklärung des Reichsfinanzministers dargelegt habe, daß die Reichsregierung doch andere Wege gehe, als die Regierung der Mitte.

Wort zur Rede des Reichsfinanzministers.
New York. (Funkdruck.) Word schreibt zur Rede des Reichsfinanzministers Dr. Röhler, es sei Zeit, daß die Vereinigten Staaten und die ehemaligen Alliierten sich mit der Aussicht abfinden, daß der Dawesplan und mit ihm zusammen alle Finanzabkommen anderer Nationen einer durchgreifenden Abänderung bedürftig sei.

General Hege über die Reichswehr.

• Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages schloß sich am Donnerstag der Chef der Heeresleitung, General Hege, das Bild der Reichswehr, wie es sich ihm und seinen Mitarbeitern darstellte.

Unsere kleine Reichswehr, so führte er aus, sei ein Vollsheer. Daß sie Glied des deutschen Volkes und Vaterlandes sei und bleibe, sei sein Ziel. Das Heer könne einen Kampf nur führen, wenn das ganze Volk hinter ihm stünde. Wenn es einmal zum Kriege komme, so möchte er wünschen, daß wie 1914 das ganze Volk Schulter an Schulter in den Krieg ziehe. Es sei klar, daß häufig die Außenpolitik mit den Arbeiten und Zielen der Wehrmacht in einem natürlichen Gegensatz stünde.

Die Außenpolitik habe für einen dauerhaften Frieden zu sorgen, die Wehrmacht sich mit allen Kräften auf den Krieg vorzubereiten. Ein Freund des Krieges sei auch die Reichswehr nicht. Ein jeder, der den Krieg mitgemacht habe, wisse, welche Schrecken damit für das Vaterland verbunden seien, vor allem diejenigen, die, wie er selbst, Söhne hätten hergeben müssen. Die Reichswehr erfülle aus reinster Pflichterfüllung ihren Dienst. Er würde viltärdgerissen sein, wenn er nicht alle Eventualitäten eines künftigen Krieges erwäge und alles vorbereiten würde, soweit es im Rahmen des Versailleser Vertrages möglich sei.

Vor allem müsse man berücksichtigen, daß die Reichswehr in der schwersten Entwicklung stünde. Das Heer sei jetzt auf seinen Säulen stehend, trotz des Chaos von 1920, dafür danken wir dem Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Seeckt, und dem Minister Dr. Seeckt. Auch nach letzter Ansicht könne noch manches geändert werden. Wir möchten Seeckt, wie eben jeder andere Mensch, im Grunde sei aber die Reichswehr eine gute Truppe, und das werde auch vom Ausland anerkannt. Er begrüße den Vorschlag, daß der Reichstag die Truppe bei ihren Übungen und im Kameraleben kennen lerne. Für eine Prüfling sei er immer zu haben. Alles, was über die Reichswehr gesagt oder geschrieben werde, werde nachgeprüft, von welcher Seite es auch komme. Er müsse sich jedoch pflichtmäßig gegen eine völlige Änderung des Systems wenden, weil er davon eine Verleumdung der Wehrmacht fürchte.

Die Erziehung habe sich zu dem jetzigen System aus der Praxis der Truppenerziehungen entwickelt. Das beste Verhältnis sei immer, wenn der Kommandierende und so weiter mit den Anverwandten der Soldaten Fühlung habe. Die Reichswehr sei eine große Familie. Er mache keinen Unterschied zwischen den Anwärtern, nur möchte jeder den Willen haben, seine Pflichten zu erfüllen und zum Kampfen bereit sein.

Es werde gesagt, daß die Reichswehr nicht republikanisch sei. Er wisse, daß es Offiziere gebe, die die Revolution für die bessere Staatsform hielten. Aber gerade die Offiziere, die ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen, dienen treu und bewußt der deutschen Republik, und darauf komme es doch schließlich an. Selbstverständlich stelle er keine Gewissensfrage, dazu fühle er sich nicht verpflichtet. Wit

Aus dem Landtag.

1927. Dresden. Dem Landtag ist der Entwurf eines Antikriegsgesetzes zugegangen. Nach § 1 soll das Finanzministerium ermächtigt werden, zur Deckung außerordentlicher Staatsbedürfnisse eine oder mehrere veranschlagte Anleihen bis zum Gesamtbetrag von 100 Millionen RM. auszugeben. Weiter ist dem Landtag der Entwurf eines Gesetzes über Änderung des Staatsschuldbuchgesetzes zugegangen.

Zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung.

• Berlin. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beriet am Donnerstag die Beratung der Denkschrift der Reichsregierung zum Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, worin die Bemühungen des Reichsarbeitsministers um die Durchführung des Programms anerkannt werden, obgleich Tempo und Erfolg hinter der Erwartung zurückgeblieben sind. Das wird dann im einzelnen durch Hinweis auf die Reichsbahn-Arbeiten, den ungenutzten in Anspruch genommenen Wohnungskredit von 200 Millionen, die zu langsame Förderung des Straßenbaus und der unzureichenden Siedlungen und Verordnungen sowie der Arbeiten gegen Hochwasserleide berührt. Dabei fordert der Ausschuß, daß das Reich nachdrücklicher als bisher auf die Reichsbahn zur schnellsten Verwendung der verfügbaren Mittel einwirken und die geplanten Entlassungen von Arbeitern sowie Betriebsstilllegungen verhindert werden. Auf die Volkswirtschaft soll das Reich dahin einwirken, daß die in Aussicht genommenen Erweiterungs- und Verbesserungsarbeiten beschleunigt ausführt. Die Beschaffung der Wohnbaufähigkeit ist durch schleunige Verabschiedung des sich auf mehrere Jahre erstreckenden Plans für den Wohnungsbau und seine Finanzierung zu sichern. Jeder Plan soll für das laufende Jahr möglichst den Bau von 250 000 Kleinwohnungen umfassen. Die Arbeiten für Straßen-

solchen Gewissensfragen würden untragbare Schuldflecken verbunden sein. In der alten Armee hätten es auch Persönlichkeiten wie Demling, Schömann usw. zu etwas gebracht. Er nehme nicht an, daß diese Männer ihre Gesinnung erst nach dem Kriege gewechselt hätten. Er verweise auch auf die französischen Verhältnisse nach 1870/71, wo die Royalisten eine besondere Rolle gespielt hätten. Ganze Regimenter seien aus Royalisten zusammengesetzt gewesen. Auch sie hätten im Kriege ihre volle Schuldbiligkeit gezeigt. Letzten Endes komme es auf den Führer an; er sage dies in vollem Bewußtsein in Erinnerung an seine Haltung im Kavpütich.

Die Verbindung zwischen Reichswehr und Wehrverbänden bestände allein in dem Gedanken der Wehrhaftigkeit. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß die sogenannten Wehrverbände 1930 keinen Mann mehr haben würden, der den Krieg mitgemacht hätte und noch fähig wäre, einen neuen Krieg mitzumachen. Der leitende Gedanke in den Wehrverbänden, den nationalen Gedanken zu fördern, sei gut. Im übrigen schaffe die Soldaten-Opferversicherung in den Wehrverbänden keine für den Krieg brauchbaren Soldaten.

In der Armee habe sich ungeheuer viel geändert. Die Aufgaben der Regimentskommandeure und auch der Bataillonskommandeure hätten sich wesentlich vermehrt. Er begrüße den Vorschlag, die Bataillone zusammen zu legen. Zur Pferdefrage müsse er betonen, daß Deutschland die Organisation seiner Wehrmacht durch den Versailleser Vertrag vorgeschrieben sei. Darunter befänden sich drei Kavalleriedivisionen. Sollten wir Freiheit gehabt, so hätten wir diese Organisation sicherlich nicht geändert. Es wäre uns vielleicht gestattet worden, die drei Kavalleriedivisionen aufzulösen, etwas anderes würden wir aber dafür keinesfalls bekommen haben.

Die Fahrt des Infanterieregiments 9 mit Kraftwagen nach Süddeutschland sei keine Verschwendung, sondern eine ernsthafte Vorbereitung für den Kriegsfall gewesen. Die Detachierung ostpreussischer Truppenteile nach Berlin und auf Übungsplätze im Reich sei auf seinen besonderen Antrag zurückzuführen. Der Ostpreuße sei durch den politischen Korridor wie durch eine Mauer abgetrennt, und die Verbindung mit dem Reich müsse möglichst turg werden.

Angesichts der steigenden Darlehen sei es sein Verlangen, innerhalb der Heeresverwaltung größte Sparsamkeit walten zu lassen. Die Unterstufe der Soldaten sei zum Teil trocken. Vieles sei leider noch Abneigung vorhanden, Reichswehrangehörige nach vollendeter Dienstzeit anzustellen. Die Reichswehr sei ein Teil des Volkes und leide mit diesem zusammen unter der Häufigkeit der Selbstmorde.

General Hege schloß mit der Versicherung, daß er in jeder Beziehung die Schwere seiner Verantwortung fühle und sein Amt zur Verfügung stellen würde, wenn es ihm nicht gelänge, sein Programm durchzuführen, die Reichswehr in Selbstzucht, Gehorsam und Kameradschaftlichkeit zu erhalten.

bauten, Reklamationen, Siedlungen und beim Hochwasserleide sollen beschleunigt werden. Bei allen Maßnahmen sind die Interessen so zu gestalten, daß unter Vermeidung von Unkosten eine möglichst umfassende Neuinstellung von Arbeitskräften notwendig wird. Das Arbeitszeitgesetz müsse schleunigt verabschiedet werden. Die Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstag alsbald weitere Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, unter Berücksichtigung der strukturellen Veränderung unserer Wirtschaft einer größeren Anzahl von Erwerbslosen Arbeit und Brot zu schaffen.

Zur Neubefetzung des Innenministeriums

Schreibt der „Sächs. Zeitungsdienst“:
Das Mittelraden am den Nachfolger von Dr. Dehne ist am Mittwoch im Landtage ganz besonders lebhaft besprochen worden. Betsch hörte man die Meinung, daß die Kandidatur Rülz für den Posten des Ministers des Innern gar nicht mehr aufrechterhalten werden würde. Die Deutschnationalen, an die sich, wie schon gemeldet, der Ministerpräsident auch gewandt hatte, haben bis zur Stunde noch nicht erkennen lassen, wie sie sich der Neubefetzung des Innenministeriums gegenüber stellen werden. Allem Anscheine nach wird eine Entscheidung erst am Freitag fallen. Es geht das Gerücht, daß eine vorläufige Lösung schließlich so erfolgen soll, daß der durch den Rücktritt Dr. Dehnes freigewordene Posten des Innenministers vorläufig nicht besetzt wird, und daß der Ministerpräsident provisorisch das Ministerium des Innern auf einige Zeit mit übernimmt.

• Dresden. Der Teleson-Zustandendienst meldet: Die in Dresden getrennt im Landtagsgebäude versammelten Parteiführer der Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung aus den drei sächsischen Wahlkreisen haben einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die Parteiführer billigen die Haltung der Fraktion und erwarten, daß sie auf ihrem ablehnenden Standpunkte in der Frage der Befetzung des sächsischen Innenministeriums durch den Reichsminister Dr. Rülz beharrt.